

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montag nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Anzeigenpreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche... Haupt-Expeditoren: SW. Berliner Straße 66/68.

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49. Für unentgeltlich erlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlag: Rudolfs Hof, Berlin SW.

Blockterroristen.

Aus dem Geheimnis der liberalen Fraktionsgemeinschaft wird uns von untrügerischer Seite mitgeteilt: Große Überraschung hat es hervorgerufen, daß sich die liberalen Demokraten in der Sitzung der Fraktionsgemeinschaft dem Standpunkt der freisinnigen Volkspartei fast ohne jeden Widerspruch unterwerfen.

Gegner des Koalitionsrechts, gehört, während gerade in Norddeutschland das Hebel- und Kettentrachten der Landarbeiter in seinen Wirkungen häufig dem Streit gleichkommt. Entsetzt sind allerdings in Ungarn und Italien häufig vorgekommen, aber regelmäßig nur als letzte Zuflucht einer aufs äußerste bedrängten Arbeiterkraft.

Korrespondenz aus Erfurt richtig ist, ein dort antretender Richter ein so schlechtes Angemah in der Abwägung menschlicher Interessen gezeigt, diesen Schritt ohne Stupel zu tun. Ein Arbeiter hatte den Fiskus um den Erlös einer Bahnsignale betrogen, wofür er vom Schöffengericht zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurde.

Die Konferenz der atlantischen Schiffahrtsgesellschaften

ist nach der Abwägung eines überseeischen Kurses eintrüben auf den 5. Februar d. J. angesetzt worden. Die Verhandlungen der beteiligten Kreise über verlässliche Fragen nehmen unterdessen ihren Fortgang, darunter auch die über die abzuwendenden Taxis für die Dampfer „Lufitania“ und „Mauretania“.

„Patriarchalisches“ vom Lande.

Aus Halle an der Saale berichtet man uns unter dem 23. Januar: Der 20jährige Gutsinhaber Hugo Schmidt an geriet eines Tages aus dem Gutshofe des Amtschloßes in Zimmernaus mit dem Kutscher seit dort beschäftigten 57jährigen Arbeiter Kanzer wegen Beratung einer Heberfunde in Wortwechsel.

Das deutsch-amerikanische Zollabkommen

ist, wie aus Washington berichtet wird, dem Kongreß seitens des Präsidenten Roosevelt in sehr bestimmter Weise empfohlen worden. Der Senat hat dem Abkommen eine Spezialkommission, in der er ein Amendement zum Zollgesetz vorschlägt. Er führt in dieser Hinsicht aus:

Der 30jährige Kutscher Hugo Schmidt an geriet eines Tages aus dem Gutshofe des Amtschloßes in Zimmernaus mit dem Kutscher seit dort beschäftigten 57jährigen Arbeiter Kanzer wegen Beratung einer Heberfunde in Wortwechsel.

Wer will 30.000 Mark verdienen?

Aus Dresden schreibt man uns: Der schädliche Einfluß der bei industriellen Anlagen entstehenden Rauchgase auf die Vegetation in weitem Umfange ist längst nachgewiesen und zwar in hervorragender Weise durch die wissenschaftlichen Arbeiten des Professors Willmanns von der Forstakademie Tharandt.

Der Antimilitarist Herbe

protelierte, wie aus Paris berichtet wird, in einem Brief gegen die Antimilitaristen der Reichstagskammer der freien Erziehung und der Antimilitaristen der Öffentlichkeit bekannt gegeben hat. Sobald ihm der Beschluß ergebnislos zugeht sein werde, werde er dagegen Vernehmung einlegen. Herbe schließt den Brief mit einem Vergleich zwischen der Danubiusflotte seiner Antimilitaristen gegen ihn und der Haltung der Berliner Antimilitaristen, die ein Vorgehen gegen den Reichsanwalt Lieberich ablehnt.

Eine wenig optimistische Auffassung

Schreibt der spanische Minister des Auswärtigen hinsichtlich der jüngsten Entwicklung der Dinge in Marokko zu legen. Wie aus Madrid berichtet wird, erklärte er in einem Interview der „Globe“ gegenüber, die Proklamation Abdulkarims sei für ihn kein wirkliches Problem in sich. Die spanischen Konsulate hätten Befehl erhalten, Abdul Karim als alleinigen Herrscher anzuerkennen. Das Ziel der spanischen Politik im Marokko sei einzig die Abhaltung vor den Vertretern, die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen, der Schutz von Leben und Besitz der Fremden und die Freiheit des Verkehrs.

Zum Gurto-Ribdal-Standal

wird heute an Petersburg berichtet: Durch Urteil des Reichstagsparlamentes des Senats ist der Gehilfe des Ministers des Innern, Gurto von Dientze entfernt worden. Somit wird Herr Gurto, der aus den für die Milderung des Notstandes bestimmten Staatsgeldern große Summen für sich beiseite gebracht hat, kein Haar gekümmert werden. So will es die russische Gesetzgebung.

Japanische Spione in Amerika?

Ein Londoner Blatt meldet aus San Francisco: Nach Informationen aus Mexiko und Oregon sind dort zwei angeblich japanische Spione verhaftet worden, die dabei we-

Ein freisinniger Zeitungsbesucher vom gestrigen Tage schreibt uns mit Bezug darauf, daß verschiedene Volkspartei die für heute beantragte Fortsetzung der gestrigen Debatte in Uebereinstimmung mit den reaktionären Parteien verhindern wollen.

Das Verlangen der Freisinnigen bei der Abstimmung über den Antrag Eingetragene als Schlichter der gestrigen Sitzung hat unter dem Vorbehalt die größte Unterstützung und Erbitterung hervorgezogen. Als war Frage auf der Tribüne, wie viele politische Grundhaltungen auf die gestrigen anwesenden Parteigenossen diese Fortsetzung zu wirken, und die laut werden Bemerkungen klangen für die freisinnigen Parlamentarier sehr wenig glücklich.

Nun jeder hat allerdings die Vergewaltigung der parlamentarischen Minoritäten durch die ihre Macht missbrauchenden Majoritäten zu den bedeutendsten parlamentarischen Missetaten gehört. Wie oft haben die Freisinnigen des deutschen Abgeordnetenhauses, die dort nur ein kleines Häuflein bilden, über ihre Vergewaltigung durch die reaktionäre Majorität geklagt und geklagt! Am Reichstage aber, wo sie mit den Junkern, ihren schließlichen Feinden, an einem Strange ziehen, treiben sie munter und gelassen das selbe widerwärtige Spiel gegen die Minoritätenpartei! Dabei soll das Volk Vertrauen zu ihren liberalen Grundbissen behalten! Es ist geradezu bedauerlich zu sehen, wie der Mangel aller Begriffe von Liberalismus und Grundbissen ausgerechnet dem Abgeordneten K. in a n n gehört, wie der „Demokrat“ hervorhebt, gleichfalls der Gewinne beizugewandten Freisinnigen, denen die Mundvollheit der Interpellanten mit der Würde eines liberalen Volksvertreters vereinbar schien. Man sieht, die „Entwicklung“ Raumanns zum kompletten Vorkühnen geht mit Riesenschritten vorwärts, nachdem er, der früher verschämte und zum offiziellen fraktionsfreisinnigen befehligte, schon vor einigen Tagen wegen seines neuerdings bewiesenen Wohlverhaltens der Ehre gewürdigt worden ist, in den sogenannten Wahlrechtsausbüßen aufgenommen zu werden!

Aus den Kreisen der Naumannianer sind uns in letzter Zeit mehrfach Meinungsäußerungen zugegangen, aus denen bald eine „Lebhaft“, bald eine „Klar“, einmal sogar eine „schmerzhaft“ Verurteilung über Naumanns neuere Entwicklung entnommen ist. Mit einer dieser Zuschriften haben wir uns erst kürzlich an dieser Stelle befasst. Es lohnt sich uns nicht, in einzelnen auf die Dinge einzugehen, denn in der „Volks-Zeitung“ ist Naumann als gefühlerloser Taktiker und Praktiker niemals übersehen worden.

Arbeiter zweiter Klasse

sind den Industriebeschäftigten gegenüber die Landarbeiter, denen auf Betreiben des preussischen Justizministeriums das Koalitionsrecht vorenthalten wird. Als vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause die Frage behandelt wurde, wodurch wir im Reichstag an den Parlamentarier berichten, wieder einmal ersichtlich, daß das läbliche Selbsteigentum zum eigenen Inventar offenkundig reaktionärer Forderungen gehört. Mit Mühe darauf schreibt heute die von Professor Dr. E. Franke herausgegebene „Soziale Praxis“:

Die Frage des Koalitionsrechtes der Landarbeiter taucht jetzt bei jedem Anlaß auf und wird auch nicht ohne Grund zu Hilfe genommen, bis sie eine Lösung im Sinne der Genüherung findet. Im Preußen ist den landlichen Arbeitern und Dienstboten bei schwerer Strafandrohung die Verabredung zu Zwecken der gemeinsamen Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen und der Arbeitsstellung durch das Gesetz von 1854 verboten. Dagegen sind ihnen Verabredungen zu anderen Zwecken nach dem Vereinsgesetz von 1850 gestattet. In manchen anderen deutschen Staaten besitzen Landarbeiter und Dienstboten aber auch das Koalitionsrecht, so namentlich in Süddeutschland, und niemals hat man dort über Streiks vor oder während der Ernte und bei der Verabredung des Viehes, diesen beliebigen Streikgeschehen der-

Die verbrannten Tagebücher.

Schweizer Dr. Georg Gust Huber, der am 29. Dezember gestorben, hinterließ ein Tagebuch, das von seinem Sohn in der neuen Wochenschrift „Freitag“ mitteilt, die Tagebücher, die er sich im Laufe seiner Erwerbstätigkeit über seinen Götting angelegt hatte, verbrannt.

Ueber die Wahlrechtsdemonstrationen.

die gestern in Braunschweig aus Anlaß der Eröffnung des braunschweigischen Landtages veranstaltet wurden, wird von dort noch berichtet: Nach 10 Uhr abends war in der Stadt die Ruhe wieder hergestellt. Vorher kam es noch am Volkweg zu einem Zusammenstoß mit Demonstrationen und der Polizei, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. Die Schlichtungsausschüsse gegen die Demonstranten sind von mehreren Demonstrationen vorgenommen. Ein Telegramm des offiziellen Telegrammbüros behauptet, daß die Leitung der sozialdemokratischen Partei in Braunschweig die Demonstration auf Anordnung des Berliner Zentralvorstandes ins Werk gesetzt habe. Der Bezirksgewalt verließ gegen 7 1/2 Uhr das Hof-Geheub und begab sich zum Schloss, da beschichtigt war, nach Schluß des Theaters eine Kundgebung gegen ihn zu veranstalten.

Am sehr Fleißig.

Man sollte meinen, so schreibt die „Köln. Ztg.“, sehr deutsche Reichspresse hätten nicht eine solche Bedeutung, daß man einen Menschen innerhalb vierzehn Tagen lang in Niederungshaft nehmen müßte, um die Gleichheit hat, wenn eine Meinung der „Tagesblätter“ aus Erfurt richtig ist, ein dort antretender Richter ein so schlechtes Angemah in der Abwägung menschlicher Interessen gezeigt, diesen Schritt ohne Stupel zu tun. Ein Arbeiter hatte den Fiskus um den Erlös einer Bahnsignale betrogen, wofür er vom Schöffengericht zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurde.